

In der Senatssitzung am 2. Februar 2021 beschlossene Fassung

Senatskanzlei

Bremen, 29. Januar 2021

Vorträge der Senatskanzlei

für die Sitzung des Senats am 02. Februar 2021

Beschlüsse des Senats zu den Beschlüssen der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 26. bis 28. Januar 2021

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 26. bis 28. Januar zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 26. Januar 2021

Nr. 20/170 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Die Zukunft der Bremer Innenstadt: Wohin geht die Reise?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 6. Oktober 2020
(Drucksache [20/324 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/398 S](#))
2. Gesetzliche Ermächtigungen für Hundenauslauf in Bremen einführen – Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung

Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 2020
(Drucksache [20/327 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/171 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 25. Januar 2021

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Bebauungsplan 2511
für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Marienwerderstraße, Hausschildweg,
Mähländsweg und Schreiberweg

Mitteilung des Senats vom 22. Dezember 2020
(Drucksache [20/380 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2511.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan 112 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Geschäftsgebäudes mit Gastronomie am Bahnhof Blumenthal in Bremen-Blumenthal zwischen Bahntrasse Farge-Vegesack, Gewerbegleis "Zur Westpier", Landrat-Christians-Straße und Jenny-Ries-Platz

Mitteilung des Senats vom 22. Dezember 2020
(Drucksache [20/381 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 112 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan).

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

Nr. 20/172 S

Fragestunde

3. Aufenthaltsqualität in den Quartieren für Seniorinnen/Senioren durch Sitzmöglichkeiten verbessern!
Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 9. Dezember 2020
4. Fernbusterminal in Bremen – Aktueller Stand und Austausch
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 9. Dezember 2020
5. Wann wird das erste Tiny-Haus in Bremen gebaut?
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Martin Michalik, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. Dezember 2020
6. Wann kommt die Lärmschutzwand an der Grönlandstraße?
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. Dezember 2021
7. Wird der Haupteingang des Bremer Rathauses noch irgendwann barrierefrei?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. Dezember 2020
8. Bauamt Bremen-Nord stabilisieren und stärken
Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 15. Dezember 2020
9. Täter-Opfer-Ausgleich: Schlichtungsstelle in der Grohner Düne absichern und weiterentwickeln
Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 15. Dezember 2020

10. Brand eines Geschosswohnhauses am Rembertiring
Anfrage der Abgeordneten Ali Mehmet Seyrek, Falk-Constantin Wagner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 16. Dezember 2020
11. Wann sind die Arbeiten an der Bremer Discomeile abgeschlossen?
Anfrage der Abgeordneten Anja Schiemann, Falk Wagner, Petra Krümpfer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 18. Dezember 2020
12. Zwangsweise Unterbringung von Quarantäneverweigererinnen/Quarantäneverweigern
Anfrage der Abgeordneten Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Dezember 2020

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

13. Sind in Bremen bald Abgaben für versiegelte Flächen fällig?
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 12. Januar 2021
14. Umkleidekabinen für alle Frauen der freiwilligen Feuerwehr?
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. Januar 2021
15. Sozialarbeit auf den Straßen der Stadt Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. Januar 2021
16. Zukunft der „Fliegerhalle“ auf dem BWK-Gelände – Schwimmbad-Blumenthal als Lösung?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 20. Januar 2021

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/173 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/174 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 10

vom 11. September 2020
(Drucksache [20/304 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Rückgabe der Petitionen S 20/37, S 20/64 und S 20/73 gemäß § 12 Absatz 1 Ziffer 3 Bremisches Petitions-gesetz an den Petitionsausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/175 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 13

vom 4. Dezember 2020
(Drucksache [20/365 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petition S 20/97 wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/176 S

Bericht des städtischen Petitionsbericht Nr. 14

vom 21. Januar 2021
(Drucksache [20/393 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/177 S

„Sprach- und Integrationsmittler“ und „Sprach- und Kulturlotsen“ in die öffentliche Verwaltung übernehmen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 10. November 2020
(Drucksache [20/349 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. ein zwischen den Ressorts Soziales und Arbeit abgestimmtes Konzept zu erstellen,
 - a) das darstellt, wie qualifizierte Sprach- und Kulturmittlerinnen und -mittler sowie Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittler (Sprinter) dauerhaft in ausgewählten Dienststellen der öffentlichen Verwaltung angestellt oder eine weitere Beschäftigung bei Trägern ermöglicht werden kann;

- b) das prüft, welche Finanzierungsmöglichkeiten innerhalb der Dienststellen bestehen, in denen bereits die Tätigkeiten der Sprach- und Kulturmittlerinnen und -mittler sowie Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittler (Sprinter) zum Einsatz kommen und an einer Verstärkung ein hohes Interesse aufgrund der erfolgreichen Arbeit haben;
 - c) das prüft, welche Finanzierungsmöglichkeiten insbesondere bestehen, die das Ziel verfolgen, die Frauenerwerbsquote deutlich zu steigern.
2. der Stadtbürgerschaft innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport unter Beteiligung der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau zur weiteren Veranlassung und Vorlage des erbetenen Berichts innerhalb von sechs Monaten.20/40

Nr. 20/178 S

Zum Wohle des Sports und der Standortentwicklung: Endlich mit der Neugestaltung des Oeversbergs beginnen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. Januar 2021
(Drucksache [20/385 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/179 S

Digitalisierung der Offenen Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 26. Januar 2021
(Neufassung der Drs. [20/390 S](#) vom 20. Januar 2021)
(Drucksache [20/395 S](#))

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, eine Digitalisierungsstrategie der Offenen Jugendarbeit und Jugendverbände aufzulegen, die insbesondere berücksichtigt:
 - a) Jugendeinrichtungen und Jugendverbände an ein schnelles WLAN anzuschließen,
 - b) die Anschaffung von Hardware, wie zum Beispiel Tablets, Laptops und Kameras zu ermöglichen,
 - c) jugendspezifische Online-Angebote zu entwickeln, die verschiedene Altersgruppen adressieren, und beispielsweise „digitale Challenges“, Lernvideos, Umfragen oder Live Chats umfassen; diese Tools sollen interessierten Jugendeinrichtungen zur Verfügung gestellt werden,

- d) den Zugang an die Lernplattform „itslearning“ zu schaffen, um auch Jugendeinrichtungen als außerschulischen Lernort in das bestehende System zu integrieren; Ziel ist es auch digitale Angebote der Jugendeinrichtungen über diese Plattform abrufbar zu machen,
 - e) die Schul-iPads auch für die Nutzung von Jugendfreizeitangeboten, die durch die Stadt oder von bremischen Jugendverbänden initiiert werden, freizuschalten,
 - f) Angebot von Weiterbildungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Offenen Jugendarbeit und der Jugendverbände zur fachgerechten Umsetzung der Digitalisierung.
2. Bei der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie ist sicherzustellen, dass zunächst die Jugendlichen in den Quartieren mit dem höchsten Förderbedarf (entsprechend der Sozialindikatoren) profitieren.
 3. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die Digitalisierungsstrategie unter Einbeziehung des Jugendhilfeausschusses bis Frühjahr 2021 der Stadtbürgerschaft vorzulegen und über bereits ergriffene Umsetzungsschritte zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung und Vorlage der Digitalisierungsstrategie und des erbetenen Berichts bis Frühjahr 2021.

Nr. 20/180 S

Oslebshausen entlasten: Begleitkonzept zur Klärschlammverbrennungsanlage erstellen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Januar 2021
(Drucksache [20/392 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. innerhalb von drei Monaten nach Beschlussfassung einen Runden Tisch unter Einbeziehung des Beirats und der Bürgerinitiative „Oslebshausen und Umzu“ einzurichten, der das Ziel hat, den Ortsteil durch Maßnahmen in den Bereichen Müll, Verkehr und Lärm zu entlasten und ein entsprechendes Begleitkonzept zu erstellen, welches insbesondere auch den Anlieferungsverkehr des Klärschlammes per Lkw in Abstimmung mit dem Baustellenverkehr für den Wesertunnel der A 281 berücksichtigt, sodass der Verkehr auf der Hafestraße zügig abfließen kann;
2. im Ortsteil, insbesondere in den betroffenen Gebieten, Emissionsmessungen vorzunehmen, die Ergebnisse für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen und diese über die Ergebnisse zu informieren; dabei sollen
 - a) quartalsweise Feinstaubmessungen, insbesondere auch zu den krebserregenden Schadstoffen Benzo(a)pyren, Chrom VI, Nickel und Vanadium und PM 2,5 vorgenommen
 - b) und in geeigneten Abständen und in Absprache mit dem Beirat angemessene Lärmmessungen, durchgeführt werden, um vergleichbare Lärmberechnungen erstellen zu können;
3. dem Betreiber der Anlage aufzuerlegen, dass die Fahrzeuge die Schleusenanlage ohne jegliche Rückstände von Klärschlämmen verlassen und über die Ergebnisse der entsprechenden Prüfungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu informieren;

4. schon jetzt in Zusammenarbeit mit dem Betreiber ein langfristiges Entsorgungskonzept für die anfallenden Feinstäube und Aschen zu entwickeln, welches die gesonderten Bedingungen zur Lagerung, die begrenzten Kapazitäten der Blocklanddeponie und mögliche Verzögerungen bei der Inbetriebnahme der Phosphorrückgewinnungsanlage berücksichtigt.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/181 S

Ortsgesetz zur Sicherung der Beiratsarbeit während der Pandemie

Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. November 2020
(Drucksache [20/353 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt Artikel 1 Punkt 1 b und den Artikel 2 des Ortsgesetzes.

Die Stadtbürgerschaft lehnt die restlichen Änderungen des Ortsgesetzes ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/182 S

Taubenpopulation durch die zügige Errichtung öffentlicher Taubenschläge kontrollieren und reduzieren!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. Dezember 2020
(Drucksache [20/367 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/183 S

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 143 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan) für ein Gebiet in Bremen Mitte zwischen Kohlhöckerstraße, Salvador-Allende-Straße und Imre-Nagy-Weg

Mitteilung des Senats vom 19. Januar 2021
(Drucksache [20/387 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 143.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

Nr. 20/184 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

17. Gesundheit und Umweltschutz fördern – Einweggrills aus dem öffentlichen Raum verbannen!

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Dezember 2020
(Drucksache [20/372 S](#))

18. Attraktive Alternativen für Einweggrills schaffen, bestehende Regelungen zur Erholung in Natur und Landschaft besser umsetzen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/396 S](#))

19. Zentren- und Nahversorgungskonzept für die Stadt Bremen - Fortschreibung

Mitteilung des Senats vom 15. Dezember 2020
(Drucksache [20/376 S](#))

20. Fortsetzung und Intensivierung des Bremer Erinnerungskonzeptes Kolonialismus

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 17. Dezember 2020
(Drucksache [20/378 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 27. und 28. Januar 2021

Nr. 20/379

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

21. „Aktionsplan Alleinerziehende“
Zwischenbericht zur Vorbereitung und zum Umsetzungsstand des Landesprogramms
Mitteilung des Senats vom 28. Juli 2020
(Drucksache [20/563](#))
22. Ausbildung auch in der Corona-Krise sichern – Schutzschirm für Ausbildungsplätze aufspannen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. Juli 2020
(Drucksache [20/534](#))
23. Ausbildung auch in der Corona-Krise sichern – Schutzschirm für Ausbildungsplätze aufspannen
Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit
vom 7. September 2020
(Drucksache [20/590](#))
24. Gesetzliche Ermächtigungen für Hundeauslauf in Bremen einführen – Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege und des Feldordnungsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 2020
(Drucksache [20/654](#))
25. Zuwendungsrecht modernisieren – unnötige Bürokratie und Hemmnisse für Träger abbauen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 10. November 2020
(Drucksache [20/704](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/797](#))
26. Lebenslanges Lernen als Berufsqualifizierung: Wird die Fort- und Weiterbildungsstruktur im Land Bremen dem Anspruch guter Bildungsqualität gerecht?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 30. November 2020
(Drucksache [20/725](#))
27. Wie kommt Bremerhaven durch die Corona-Pandemie?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Dezember 2020
(Drucksache [20/752](#))
28. Welche Bedeutung hat die faire Verteilung und Organisation von Sorgearbeit in Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 14. Dezember 2020
(Drucksache [20/754](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/380

Überprüfung der Mittelvergabe innerhalb der linkspolitischen Bereiche

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (AfD)
vom 1. September 2020
(Drucksache [20/586](#))

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/381

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 25. Januar 2021

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

29. Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern in der Bundesrepublik Deutschland zur Einrichtung einer Ständigen wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz

Mitteilung des Senats
vom 15. Dezember 2020
(Drucksache [20/758](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

30. Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen

Mitteilung des Senats
vom 15. Dezember 2020
(Drucksache [20/759](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

31. Benennung eines stellvertretenden Mitglieds im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Die Bürgerschaft (Landtag) benennt anstelle des Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz die Abgeordnete Lencke Wischhusen als stellvertretendes Mitglied im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und bittet die Senatskanzlei um Unterrichtung der Europaministerkonferenz.

32. Zusatz zur Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 „Leihgeräte für Lehrkräfte“

Mitteilung des Senats vom 22. Dezember 2020
(Drucksache [20/764](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

33. Information gemäß § 8 Stabilitätsratsgesetz

Mitteilung des Senats vom 23. Dezember 2020
(Drucksache [20/767](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

34. Hissen der Dienstflagge der Bremischen Schifffahrt vor der Bremischen Bürgerschaft anlässlich des Weltschifffahrtstages

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP vom 20. Januar 2021
(Neufassung der Drucksache [20/772](#) vom 11. Januar 2021)
(Drucksache [20/781](#))

Gemäß § 87 Satz 2 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft beschließt die Bürgerschaft (Landtag), dass vor dem Gebäude der Bremischen Bürgerschaft jährlich und zwar an jedem letzten Donnerstag im September zur Würdigung der Rolle und Bedeutung der Schifffahrt für Bremen und Bremerhaven die Dienstflagge der bremischen Schifffahrt gehisst wird.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

35. Bericht des Petitionsausschusses (Land) Nr. 15

vom 22. Januar 2021
(Drucksache [20/787](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/382

Aktuelle Stunde

Die von den Abgeordneten Yvonne Averwieser, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU beantragte Aktuelle Stunde mit dem Thema

„Sonderweg der Bildungssenatorin stoppen – Koalitionsstreit darf Gesundheit und Unterricht an Schulen nicht gefährden“

wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hiltz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Kein Koalitionsstreit über die Zukunft von Bremen und Bremerhaven – Außenweservertiefung im beschleunigten Verfahren endlich realisieren!“.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/383

Mehr Einsatz für die Kurzzeitpflege im Land Bremen!

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 15. September 2020
(Drucksache [20/613](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. November 2020
(Drucksache [20/687](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/384

Verantwortung für pflegebedürftige Menschen wahrnehmen: Dringend benötigte Kurzzeit- und Verhinderungspflegeplätze schaffen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 19. Januar 2021
(Drucksache [20/779](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/385

Zweites Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Bestimmungen im Zusammenhang mit den Anforderungen aus der Corona-Krise

Mitteilung des Senats vom 19. Januar 2021

(Drucksache [20/778](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/386

Bleimunition verbieten! – Gesetz zum Verbot bleihaltiger Munition bei der Jagd- übung

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 14. Januar 2021

(Drucksache [20/776](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf zu prüfen, wie ein Verbot bleihaltiger Munition bei der Jagd auf Niederwild umgesetzt werden kann.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/387

Gutschein-Lösung – Verbraucher und Verbraucherinnen besser schützen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 9. Dezember 2020

(Neufassung der Drucksache [20/551](#) vom 15. Juli 2020)

(Drucksache [20/751](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine Verbesserung des Veranstaltungsvertragsrechts im Hinblick auf die Stärkung des Verbraucherschutzes einzusetzen:
 - a) Eine Übertragbarkeit von Gutscheinen muss gewährleistet werden.
 - b) Bei Gutscheivergabe darf das Insolvenzrisiko nicht allein bei den Verbraucherinnen/Verbrauchern liegen, sondern es ist zu prüfen, inwieweit eine Insolvenzabsicherung im Zeitraum der Pandemie durch die Bundesregierung erfolgen kann.
 - c) Bei Absage einer Veranstaltung, für die ein Ersatztermin nicht angeboten werden kann, besteht ein Erstattungsanspruch für Verbraucherinnen/Verbraucher bereits zu diesem Zeitpunkt. Wenn für eine Verbraucherin/einen Verbraucher eine Teilnahme an einem Ersatztermin nicht möglich oder unzumutbar ist, muss die Härtefallregelung im Zweifel für die Verbraucherinnen/Verbraucher ausgelegt werden.
2. Der Bürgerschaft (Landtag) ist ein entsprechender Bericht binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung vorzulegen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung und Vorlage des erbetenen Berichts binnen sechs Monaten.

Nr. 20/388

Bildungskatastrophe verhindern! Konzept zur Dokumentation und Aufarbeitung von coronabedingten Leistungsdefiziten erarbeiten!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 20. Januar 2021
(Drucksache [20/780](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/389

Die Zukunft der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Bremen

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 20. Juli 2020
(Drucksache [20/555](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. August 2020
(Drucksache [20/572](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/390

Erinnerungskonzept Novemberrevolution 1918/19

Mitteilung des Senats vom 22. Juli 2020
(Drucksache [20/559](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/391

100 Jahre Novemberrevolution: Startschuss für Demokratie, Frauenwahlrecht und Mitbestimmung

Bericht und Antrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 3. September 2020
(Drucksache [20/589](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab, da die erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen nicht erreicht wurde.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/392

Sachstandsbericht an die Bürgerschaft zum Thema Assistenz im Krankenhaus für Menschen mit Behinderung sicherstellen

Mitteilung des Senats vom 18. August 2020
(Drucksache [20/567](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/393

Ökonomische Bildung darf keine Nebensache sein – Junge Menschen auf ein selbstständiges Leben vorbereiten!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. September 2020
(Drucksache [20/588](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/394

Fragestunde

1. Reform des Betreuungsgesetzes: Welche Auswirkungen hat sie auf ehrenamtliche Betreuerinnen/Betreuer im Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 10. Dezember 2020
2. Ist die stationäre Pflege für Schnelltests und Impfungen gerüstet?
Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Ute Reimers-Bruns, Eva Quante-Brandt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 10. Dezember 2020
3. IT-Sicherheit im Homeoffice und beim mobilen Arbeiten
Anfrage der Abgeordneten Mustafa Öztürk, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Dezember 2020
4. Welche Pläne verfolgt der Senat im Bereich der Ausbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin/Erzieher für das Schuljahr 2021/22?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Dezember 2020
5. Wie steht der Senat zur Mehrwertsteueranpassung für den Bus-Fernverkehr?
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 10. Dezember 2020
6. Evangelikale Sexualpädagogik an Bremer Schulen?
Anfrage der Abgeordneten Kai Wargalla, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Dezember 2020

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

7. Wird dem Baumschutz in Bremen ausreichend Rechnung getragen?
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Martin Michalik, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. Dezember 2020
8. Einkaufs- und Vergabezentrum von Immobilien Bremen – wie ist die Bilanz?
Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. Dezember 2020
9. Perspektiven der Schienenfahrzeug-Reparatur im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Ralf Schumann, Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 14. Dezember 2020

10. Der Winterkälte und unhygienischen Massenlagern entkommen – welche weiteren Aufnahmemöglichkeiten aus Moria und den EU-Hotspots kann Bremen nutzen?
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 14. Dezember 2020
11. Kontakt halten während der Pandemie: Wie viele Alten- und Pflegeheime haben noch kein WLAN?
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 14. Dezember 2020
12. Einheitliche statistische Erfassung und Auswertung besonderer Vorkommnisse an Schulen in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Yvonne Averwenser, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. Dezember 2020
13. Psychosoziale Prozessbegleitung als wichtiges Instrument zur Unterstützung von Opfern sexistischer Gewalt
Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 17. Dezember 2020
14. Erste Erfahrungen mit der COVID-19-Impfung in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Dezember 2020
15. Kontaktpersonennachverfolgung in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Dezember 2020
16. Anrechnung digitaler Lehrformate nach Lehrverpflichtungs- und Lehnachweisverordnung (LVNV)
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 21. Dezember 2020
17. Gewalt gegen Polizeibeamte im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 11. Januar 2021
18. Polizisten besser vor Gewalttaten schützen – Taser endlich einführen!
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 11. Januar 2021
19. Hilfen für Feuerwerkshersteller im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Thorsten Raschen, Carsten Meyer-Heder, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. Januar 2021
20. Wie wird dieses Jahr die Fairness und die Qualität der Abiturprüfungen sichergestellt?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 21. Januar 2021
21. Bildung für nachhaltige Entwicklung an bremischen Hochschulen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Philipp Bruck, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Januar 2021

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/395

Für Artenvielfalt, Tierschutz und Pandemieprävention: Lebendimporten, Internethandel und Exotenbörsen ein Ende setzen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE und der CDU
vom 26. Januar 2021

(Neufassung der Drucksache [20/706](#) vom 11. November 2020)

(Drucksache [20/790](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene und in der EU
 - a) für ein Verbot von Lebendimporten von Wildfängen einzusetzen und dabei Ausnahmen nur nach strengen wissenschaftlichen Kriterien des Artenschutzes zuzulassen;
 - b) für ein Verbot des Internethandels von Wildtieren und exotischen Tieren einzusetzen;
 - c) für ein Verbot von Exotenbörsen einzusetzen.
2. Definitionen im Sinne des Antrages sind
 - a) Haustiere: domestizierte Tiere der Pferde-, Rinder-, Schweine-, Schaf- und Ziegenart, ausgenommen der exotischen Arten (Arten, die weder heimisch noch domestiziert sind); domestizierte Yaks und Wasserbüffel; Lamas und Alpakas; Hauskaninchen, Meerschweinchen, Farbratten, Farbmäuse, Haushunde und Hauskatzen; domestizierte Ziervogelarten, Haustauben sowie Hausgeflügel wie Haushühner, Puten, Perlhühner, Hausgänse und Hausenten; domestizierte Fische;
 - b) Wildtiere: Wirbeltiere, außer den Haustieren, sowie alle Gliederfüßer (Arthropoda) und Weichtiere (Mollusca) sowie Hybride aus Wild- und Haustieren;
 - c) Wildfänge: Naturentnahmen, inklusive sogenannten Ranch- und Farmzuchten;
 - d) exotische Tiere: alle nicht in Deutschland beheimateten Wildtiere;
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bürgerschaft (Landtag) zwölf Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zur weiteren Veranlassung und Vorlage des erbetenen Berichts binnen zwölf Monaten.

Nr. 20/396

Eine Erhöhung des Anspruchs auf Freistellung von der Erwerbsarbeit zur Betreuung eines kranken Kindes ist dringend geboten!

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. Januar 2021

(Neufassung der Drucksache [20/734](#) vom 3. Dezember 2020)

(Drucksache [20/788](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine Erhöhung der Freistellung von Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern zur Betreuung kranker Kinder mit folgenden Maßgaben einzusetzen:

- a) Jeder Elternteil ist auch über 2021 hinaus berechtigt, für die Betreuung seines kranken Kindes 20 Tage im Jahr freigestellt zu werden;
- b) Für Alleinerziehende ist der Anteil an Kinderkrankentagen, die nicht alleinerziehenden Elternteilen zustehen, zu verdoppeln;
- c) Bei mehreren Kindern sind die Regelungen entsprechend anzupassen;
- d) Die Regelungen sollen für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres gelten;
- e) Die bisher bestehenden Regelungen für schwersterkrankte Kinder sollen für Kinder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres gelten;
- f) Im Einvernehmen mit der Gesetzlichen Krankenversicherung zu prüfen, inwieweit ein weniger bürokratisches Verfahren zur Beantragung von „Kinderkrankengeld“ etabliert werden kann;

Der Bürgerschaft (Landtag) ist sechs Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung und Vorlage des erbetenen Berichts binnen sechs Monaten.

Nr. 20/397

Sechste Verordnung zur Änderung der Dreiundzwanzigsten Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2

Mitteilung des Senats vom 28. Januar 2021
 (Neufassung der Drucksache [20/792](#) vom 26. Januar 2021)
 (Drucksache [20/803](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, dass sie keinen weiteren Aufhebungs- oder Änderungsbedarf an der Sechsten Änderungsverordnung der Dreiundzwanzigsten Coronaverordnung sieht.

Beschlussfassung des Senats im Umlaufverfahren am 28.01.2021 erledigt.

Nr. 20/398

Ausführungsgesetz zur Verordnung zum Anspruch auf Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2

Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2021
 (Drucksache [20/796](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/399

Realitäten erkennen, Chancen nutzen, Zukunft gestalten – Medienkompetenz in der frühkindlichen Bildung stärken

Antrag der Fraktion der FDP
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/592](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/400

Dienstfahrräder für den öffentlichen Dienst einführen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/594](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/401

Konzept zur Förderung der Anschaffung von (Elektro-)Fahrrädern durch Beschäftigte des bremischen öffentlichen Dienstes

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. November 2020
(Drucksache [20/710](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. ein Angebot zur Unterstützung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst beim Kauf oder Leasing eines (Elektro-)Fahrrades zu entwickeln, wobei eine rechtliche Gleichbehandlung der statusrechtlichen Beschäftigtengruppen der Beamtinnen/Beamte und Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder zwingend sicherzustellen ist; dies könnte durch einen zinsfreien Kredit erfolgen, der über die monatliche Gehaltsabrechnung in angemessener Zeit getilgt wird, solange im Tarifbereich andere Lösungen nicht umsetzbar sind;
2. die rechtlichen Voraussetzungen zur Unterstützung der Beschäftigten zu schaffen;
3. bei allen öffentlichen Liegenschaften und Anmietungen den Ausbau von Fahrradstellplätzen und flächendeckender Infrastruktur von Ladepunkten zu fördern;

4. der Bürgerschaft (Landtag) bis Mitte des Jahres 2021 ein entsprechendes Konzept vorzulegen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Finanzen zur weiteren Veranlassung und Vorlage des erbetenen Konzepts bis Mitte 2021.

Nr. 20/402

Wann werden die Zielzahlen der Polizei im Land Bremen erreicht?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 1. September 2020
(Drucksache [20/577](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. November 2020
(Drucksache [20/699](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/403

Erschwerniszulage für Bremer Verfassungsschützer einführen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 2. November 2020
(Neufassung der Drucksache [20/627](#) vom 28. September 2020)
(Drucksache [20/680](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/404

Attraktivität der JuLeiCa-Angebote in Bremen und Bremerhaven steigern!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 1. Oktober 2020
(Drucksache [20/640](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/405

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Betrieb von Photovoltaik-Anlagen nach Ende der EEG-Förderung
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/596](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 2020
(Drucksache [20/663](#))
2. Digitalisierung und Klima- und Umweltschutz gemeinsam denken
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 15. September 2020
(Drucksache [20/612](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 3. November 2020
(Drucksache [20/686](#))
3. Für eine menschenwürdige Altenpflege – Präsenzquote flexibilisieren!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. September 2020
(Drucksache [20/631](#))
4. „Music was my first love“ – Musikclubs als Kulturorte anerkennen und fördern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 29. September 2020
(Drucksache [20/636](#))
5. Inklusion im Bremischen Wissenschaftssystem stärken – Barrierefreiheit und Interessenvertretung sicherstellen!
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 30. September 2020
(Drucksache [20/638](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 8. Dezember 2020
(Drucksache [20/747](#))
6. Mit gutem Beispiel vorangehen – Öffentliche Gebäude ökologischer gestalten!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. September 2019
(Drucksache [20/51](#))
7. Mit gutem Beispiel vorangehen – Öffentliche Gebäude ökologischer gestalten!
Bericht der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie
vom 2. Oktober 2020
(Drucksache [20/641](#))
8. Nachhaltigkeit fördern – Hauskauf im Altbestand attraktiver machen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. August 2019
(Drucksache [20/47](#))

9. Nachhaltigkeit fördern – Hauskauf im Altbestand attraktiver machen!
Bericht der staatlichen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung
vom 2. Oktober 2020
(Drucksache [20/642](#))
10. Freiräume für Jugendvertretungen im Land Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. Oktober 2020
(Drucksache [20/648](#))
11. Gender Pay Gap in der Bremer Hochschul- und Wissenschaftslandschaft verringern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 30. Oktober 2020
(Drucksache [20/673](#))
12. Gemeinsam mit aller Kraft gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen im
Land Bremen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. November 2020
(Drucksache [20/684](#))
13. Clankriminalität nachhaltig und koordiniert vorbeugen und bekämpfen
Mitteilung des Senats vom 10. November 2020
(Drucksache [20/698](#))
14. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 14
vom 4. Dezember 2020
(Drucksache [20/738](#))
15. Aufklärung und Ahndung von Straftaten im Zusammenhang mit Kindesmissbrauch
muss höchste Priorität haben!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Juni 2020
(Drucksache [20/444](#))
16. Aufklärung und Ahndung von Straftaten im Zusammenhang mit Kindesmissbrauch
muss höchste Priorität haben!
Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres
vom 3. Dezember 2020
(Drucksache [20/732](#))
17. Verfahrens- und Auswahlprozess im Handlungsfeld „Klimaschutz“ schneller und
transparenter gestalten!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Dezember 2020
(Drucksache [20/760](#))
18. Präventive Schuldnerinnen-/Schuldnerberatung weiterentwickeln
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 20. Januar 2021
(Drucksache [20/783](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.